

**Niederschrift über die 4. Sitzung des Rates der Stadt
Coesfeld am 18.02.2021, 18:00 Uhr, Bürgerhalle,
Osterwicker Straße 1, 48653 Coesfeld**

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann	parteilos	
Ratsmitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Christoph Fels	CDU	
Herr Dieter Goerke	Aktiv für Coesfeld	
Herr Günter Hallay	Pro Coesfeld	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Marcel Stratmann	Familienpartei	
Frau Bettina Suhren	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Georg Veit	Pro Coesfeld	
Herr Lars Vogel	CDU	
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	
Herr Holger Weiling	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Regina Wennemers	FBL 20	

Frau Dorothee Heitz	
Frau Marie Bongers	FB 10

Schriftführung: Frau Marie Bongers

Frau Eliza Diekmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:25 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 3 Bericht der Bürgerstiftung Coesfeld zur Erläuterung der Vermögenslage und der Mittelverwendung
Vorlage: 053/2021
- 4 Anregung nach § 24 GO NRW - Antrag der Montessorischule auf Finanzunterstützung, hier: Übernahme des Eigenanteils der Schule für den OGS-Ausfall im Januar 2021
Vorlage: 047/2021
- 5 Antrag auf finanzielle (Weiter-)förderung des Leistungsangebotes Kompass - Psychologische Beratung für Eltern von viel zu früh geborenen, behinderten und schwer kranken Kindern
Vorlage: 018/2021
- 6 Bericht über die finanzielle Lage / coronabedingte Haushaltsveränderungen zum 31.12.2020 gem. § 2 Abs. 2 NKF-CIG
Vorlage: 027/2021
- 7 Antrag des Ratsmitgliedes M. Stratmann - Live-Übertragung der Rats- und Ausschusssitzungen
Vorlage: 393/2020
- 8 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Einrichtung einer Stelle
Vorlage: 039/2021
- 9 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Förderprogramm für die Neuinstallation von PV-Anlagen
Vorlage: 033/2021
- 10 Antrag der CDU-Fraktion zu den Coesfelder Siedlungsperspektiven im Regionalplan
Vorlage: 054/2021
- 11 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Einrichtung eines Klimaschutzfonds zur finanziellen Förderung von Klimaschutzprojekten
Vorlage: 031/2021
- 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Prüfung von Entzerrungsmöglichkeiten für die Verkehrssituation für die Anwohner:innen der Laurentiusstraße
Vorlage: 007/2021
- 13 Antrag zum Haushaltsentwurf 2021 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 051/2021
- 14 Antrag zum Haushalt 2021 zur Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes
Vorlage: 062/2021
- 15 Antrag der CDU Fraktion auf Erneuerung des vorhandenen Baumlehrpfades und die Einrichtung eines Waldlehrpfades sowie die Aufstellung von Hinweisschildern für den Walttourismus
Vorlage: 057/2021

- 16 Antrag der CDU-Fraktion zur Durchführung einer Aufarbeitung/Sanierung einer städtischen Teich- und Parkanlage im Helmuspark
Vorlage: 058/2021
- 17 Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Night City Shuttle 4.0
Vorlage: 059/2021
- 18 Antrag der CDU zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Coesfeld
Vorlage: 049/2021
- 19 Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung der Biodiversität im Stadtgebiet Coesfeld
Vorlage: 056/2021
- 20 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Umbesetzung eines Ausschusses sowie Ergänzung der Vertretungsliste
Vorlage: 044/2021
- 21 Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"
Vorlage: 040/2021
- 22 Initiierung des Projektes "Coesfeld blüht"
Vorlage: 037/2021
- 23 Namensgebung Kreuzschule
Vorlage: 355/2020/1
- 24 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 48a "Verlagerung Möllers Heizung Sanitär"
Vorlage: 022/2021
- 25 DIEK-Lette: Projekt "Dirtpark Lette"
Vorlage: 023/2021
- 26 Bebauungsplan Nr. 138 "Wohngebiet Meddingheide II", 1. Änderung
Vorlage: 024/2021
- 27 82. Änderung des Flächennutzungsplanes - Offenlagebeschluss
Vorlage: 034/2021
- 28 B103 "Reitanlage Flamschen" 1. Änderung
Vorlage: 035/2021
- 29 Bebauungsplan Nr. 61a "Ehemaliger Spielplatz Hengtekamp"
Vorlage: 374/2020
- 30 Schulzentrum – Vorschläge des Gymnasium Nepomucenum zur Anpassung der Entwurfsplanung
Vorlage: 020/2021
- 31 Freiflächenkataster für den Einsatz von Photovoltaik-Anlagen
Vorlage: 042/2021
- 32 Erschließung des "Wohngebietes östlich Baakenesch" - alternative Pflasteroberfläche
Vorlage: 011/2021
- 33 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über ein Aussetzen der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertages
Vorlage: 016/2021
- 34 Fahrradabstellanlagen im Bereich der Innenstadt
Vorlage: 281/2020
- 35 Entwicklung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen auf der Paßstiege: Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung / Entscheidung über umzusetzende Maßnahmen
Vorlage: 406/2020

- 35.1 Entwicklung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen auf der Paßstiege: Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung / Entscheidung über umzusetzende Maßnahmen
Vorlage: 406/2020/1
- 36 Sonderhaushaltsplan der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 045/2021
- 37 Stellenplan 2021
Vorlage: 052/2021
- 37.1 Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan für den Haushalt 2021
Vorlage: 052/2021/1
- 37.2 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld e.V. auf Mittelbereitstellung und Einrichtung einer Stabsstelle / Referentenstelle
Vorlage: 052/2021/2
- 38 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 043/2021
- 38.1 Finanzierung schnelle Radwegeverbindung Coesfeld-Süd
Vorlage: 064/2021
- 38.2 Antrag der SPD-Fraktion - zusätzliches Budget für die Stadtentwicklungsgesellschaft
- 39 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Verarbeitung von Personalakten im Auftrag gem. § 91a LBG NRW
Vorlage: 060/2021
- 3 Verkauf von Grundstücksflächen
Vorlage: 029/2021
- 4 Veräußerung einer Teilfläche
Vorlage: 400/2020
- 5 Veräußerung von Teilflächen
Vorlage: 402/2020
- 6 Veräußerung einer Teilfläche
Vorlage: 404/2020
- 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 48a "Verlagerung Möllers Heizung Sanitär"
Vorlage: 048/2021
- 8 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Es liegen keine Fragen von Einwohnern an.

TOP 2	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Im Vorfeld der Ratssitzung wurde eine Anfrage von der CDU gestellt. Die Anfrage, sowie die schriftliche Beantwortung der Verwaltung liegt den Ratsmitgliedern zu Beginn der Sitzung vor. Das entsprechende Dokument ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 3	Bericht der Bürgerstiftung Coesfeld zur Erläuterung der Vermögenslage und der Mittelverwendung Vorlage: 053/2021
-------	---

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4	Anregung nach § 24 GO NRW - Antrag der Montessorischule auf Finanzunterstützung, hier: Übernahme des Eigenanteils der Schule für den OGS-Ausfall im Januar 2021 Vorlage: 047/2021
-------	--

Beschluss:

Die Stadt Coesfeld erstattet dem Ersatzschulträger Maria-Montessori-Grundschule Coesfeld e.V. den vollständigen Eigenanteil des Ausfalles „Ganztagsbeiträge“ während der Covid 19-Pandemie für den Monat Januar 2021 in Höhe von 6.055 €. Die Mittel dazu sind zusätzlich über den Haushalt 2021 bereitzustellen, indem die Transferaufwendungen im Produkt Grundschulen 51.21, Seite 224, Zeile 15, um 6.055 € erhöht werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 5	Antrag auf finanzielle (Weiter-)förderung des Leistungsangebotes Kompass - Psychologische Beratung für Eltern von viel zu früh geborenen, behinderten und schwer kranken Kindern Vorlage: 018/2021
-------	---

Beschluss:

Das Projekt „Kompass – Psychologische Beratung für Familien mit zu früh geborenen, chronisch und schwer kranken Kindern, Kindern mit Behinderungen“ wird konzeptionell um die Zielgruppen „Familien in Krisen rund um die Geburt“ und „Geschwisterkinder“ erweitert und ab dem 01.04.2021 weiterhin pauschal mit 4.800 € jährlich gefördert. Die Förderung ist auf weitere drei Jahre befristet, erfolgt somit bis zum 31.03.2024. Über die Hilfestellung ist jährlich durch den Projektträger ein Sachbericht abzugeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	26	0	1

TOP 6	Bericht über die finanzielle Lage / coronabedingte Haushaltsveränderungen zum 31.12.2020 gem. § 2 Abs. 2 NKF-CIG Vorlage: 027/2021
-------	---

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7	Antrag des Ratsmitgliedes M. Stratmann - Live-Übertragung der Rats- und Ausschusssitzungen Vorlage: 393/2020
-------	---

Herr Stratmann erläutert den Antrag. Er erklärt, wie wichtig es sei Transparenz für die Bürger:innen zu schaffen.

Herr Goerke stimmt Herrn Stratmann dahingehend zu, dass er das Live-Streaming für ein gutes Angebot hält, welches zudem dafür sorgen könnte, dass der Argwohn mancher Bürger:innen gegenüber der Politik schwinde. Außerdem führt Herr Goerke den Punkt an, dass durch eine mögliche Beobachtung des Bürgers die Gesprächskultur im Rat positiv beeinflusst werden könne. Er teilt mit, dass Aktiv für Coesfeld dem Antrag zustimmen werde.

Herr Nielsen entgegnet, dass der Rat der Stadt Coesfeld auch jetzt schon transparent arbeite. Er betont, dass der Rat ein Verwaltungsorgan sei; Verwaltung müsse nicht spannend sein. Die Aufgabe des Rates sei die kommunale Selbstverwaltung. Er betont, dass der Rat nicht mit der Legislative gleichzusetzen sei. Die Arbeit des Rates sei nicht so spannend, dass sich dieser Versuch lohnen würde. Herr Nielsen stellt zudem heraus, dass er die Gefahr sehe, dass die Sitzungen durch ein Live-Streaming länger werden würden. Es könnte passieren, dass „Politik für die Galerie“ gemacht würde. Da eine Vorberatung in den Ausschüssen erfolge, bestünde zudem die Gefahr, dass die Bürger:innen den Anschein bekommen, dass Dinge im Rat unkommentiert geschehen. Eine Transparenz sei laut Herrn

Nielsen immer sichergestellt gewesen und würde es auch in Zukunft sein. Außerdem würde die Transparenz auch dadurch kreiert, dass die Mitglieder des Rates der Stadt Coesfeld die Bürger:innen treffen würden und somit persönlich mit ihnen ins Gespräch gehen. Die SPD werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Bachmann erklärt, dass hier nicht über Transparenz abgestimmt werden müsse. Die Bürger:innen zu informieren, sei immer eine gute und erstrebenswerte Sache. Man müsse sich hier viel mehr die Frage stellen, wozu solch eine Live-Übertragung führe. Manche Wortbeiträge von Ratsmitgliedern kämen spontan und würden nicht alle Informationen umfassen. Solche Beiträge dürften nicht unterbunden werden. Durch eine Live-Übertragung und die mögliche Gefahr eines unerlaubten Mitschnittes bestünde jedoch die Gefahr, dass die Redekultur dahingehend eingeschränkt würde, dass spontane und ggfs. eher emotional geleitete Beiträge nicht mehr gebracht werden würden. Die CDU werde dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Hallay teilt mit, dass hier dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt werden sollte. Durch eine Live-Übertragung hätten auch ältere und eingeschränkte Personen die Möglichkeit an den Ratssitzungen teilzunehmen. Es käme hier auf einen Versuch an. Sollte im Nachhinein festgestellt werden, dass eine Live-Übertragung negative Folgen mit sich bringe, könnte die jetzt getroffene Entscheidung noch immer rückgängig gemacht werden.

Herr Fabry teilt mit, dass die FDP eine Live-Übertragung als gute Informationsmöglichkeit für den Bürger sehe. Die FDP würde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Musholt weist auf das Problem des Missbrauchs der Bild- und Tonaufnahmen hin. Er betont, dass die Mitglieder des Rates der Stadt Coesfeld Laienpolitiker seien. Ein eventueller Mitschnitt der Ratssitzung und eine anschließende Veröffentlichung im Internet wäre nicht mehr löschtbar. Das Bundesverwaltungsgericht habe bereits in den 90er Jahren festgestellt, dass durch Bild- und Tonaufnahmen nicht die Ratsmitglieder in der Ausübung ihres Mandates beeinträchtigt werden dürfen. Eine Möglichkeit mehr Transparenz für die Bürger:innen zu schaffen, wäre eine schnellere und einfachere Bereitstellung der Niederschriften der Sitzungen auf der Website der Stadt Coesfeld. Viele Bürger:innen würden nicht wissen, wie sie auf die Niederschriften zugreifen können.

Herr Bücking verweist auf die Erfahrungen anderer Kommunen und darauf, dass solch ein Antrag bereits im Herbst 2018 im Rat thematisiert wurde. Seinerzeit war die Live-Übertragung von Ratssitzungen noch nicht weit verbreitet. Er erklärt zudem, dass bei Themen, die die Bürgerschaft interessiert, die Empore durchaus gut besucht sei. Er schätze das Interesse einer generellen Übertragung eher gering ein. Außerdem stelle sich die Frage, welche Sitzungen dann übertragen werden sollten.

Herr Musholt weist darauf hin, dass die Datenschutzgrundverordnung bei Einführung einer Live-Übertragung in vollem Umfang zu beachten sei; sollte nur eine Person der Live-Übertragung widersprechen, müsste die Übertragung sofort beendet / gar nicht erst gestartet werden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass es zu jeder Zeit möglich sei, die Übertragung durch die Betätigung eines Knopfes zu beenden. Sollte sich jemand direkt zu Beginn der

Sitzung nicht mit einer Übertragung einverstanden zeigen, so würde die Übertragung gar nicht erst begonnen.

Herr Tranel erläutert, dass sich in der CDU-Fraktion die Mehrheit gegen eine Live-Übertragung ausspreche.

Frau Bürgermeisterin Diekmann verdeutlicht, dass ihr die Beachtung und Einhaltung des Datenschutzes hier sehr wichtig sei. Sie teilt mit, dass sie aber auch mehr Transparenz und Teilhabe schaffen möchte. Dies sei aktuell noch nicht barrierefrei möglich. Aufgrund der Technik könne heutzutage auch mit einem geringen Budget solch eine vereinfachte Teilhabe möglich gemacht werden.

Herr Hallay stellt gemäß § 13 Abs. 1 Ziffer d) der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Coesfeld den Antrag zur Geschäftsordnung die Entscheidung zu vertragen, sodass vorab eine angemessene Beratung in der Fraktion möglich ist. Über diesen Antrag wird zuerst abgestimmt.

Bevor es zur Abstimmung über diesen Antrag kommt, dürfen noch jeweils ein Wortbeitrag für und ein Beitrag gegen den Antrag geleistet werden.

Frau Albertz teilt mit, dass eine Live-Übertragung durchaus bürgernah, spannend, transparent und coronakonform sei und der Rat sich einfach dazu entschließen sollte, solch einen Versuch zu wagen. Sie erklärt, dass die Bürgerschaft dahingehend bevormundet würde, dass ihr direkt ein Missbrauch der Daten zugeschrieben würde. Es käme, laut Frau Albertz, hier auf einen Versuch an.

Herr Tranel verdeutlicht, dass es hier auch darum gehe, dass Menschen, die grundsätzlich bereit sind sich für Coesfeld zu engagieren, durch solch eine Übertragung abgeschreckt würden. Die meisten Menschen wollen nicht in der Öffentlichkeit stehen und sich bei Debatten und Wortbeiträgen filmen lassen.

Es kommt zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Hallay.

Herr Stratmann teilt mit, dass allen Ratsmitgliedern, die sich in der letzten Wahl haben aufstellen lassen, durchaus bewusst sein müsse, dass sie in gewisser Hinsicht eine Person des öffentlichen Lebens sind und somit auch in der Öffentlichkeit stehen.

Es kommt zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag von Herrn Stratmann (Beschlussvorschlag 1).

Frau Bürgermeisterin Diekmann erkundigt sich vor der Abstimmung über den Beschlussvorschlag 2, welche Ausschüsse für eine Test-Übertragung in Frage kämen.

Herr Hallay schlägt hierauf den Ausschuss für Kultur, Schule und Sport und den Ausschuss für Planen und Bauen vor.

Frau Albertz schlägt den Umweltausschuss vor.

Diese drei Ausschüsse werden folglich in dem Beschlussvorschlag 2 ergänzt, welcher anschließend zur Abstimmung gestellt wird.

Beschluss 1 (Antrag RM Stratmann):

Der Rat der Stadt Coesfeld beauftragt die Stadtverwaltung mit der unverzüglichen technischen Umsetzung von Live-Übertragungen der Rats- und Ausschusssitzungen.

Beschluss 2 (Alternative der Verwaltung – geändert beschlossen):

Die Verwaltung wird beauftragt die technischen, organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen für ein Live-Streaming von Rats- und Ausschusssitzungen zu schaffen.

In einer Erprobungsphase sollen die Sitzungen der nachfolgend aufgeführten Gremien aus dem Sitzungssaal des Rathauses als Live-Stream zur Verfügung gestellt werden.

1. Ausschuss für Kultur Schule und Sport
2. Ausschuss für Planen und Bauen
3. Umweltausschuss

Die Verwaltung wird nach den Sommerferien über die Erfahrungen berichten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 (Antrag Hr. Hallay)	8	11	8
Beschluss 2 (Antrag Stratmann)	2	19	6
Beschluss 3 (Vorschlag der Verwaltung)	10	15	2

TOP 8	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Einrichtung einer Stelle Vorlage: 039/2021
-------	--

Frau Albertz erläutert den Antrag und erklärt die Wichtigkeit in diesem Bereich weiter zu investieren.

Es wird über den bereits im Haupt- und Finanzausschuss geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss (geändert):

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept für eine entsprechende Stelle erstellt. Sollte bei der Erstellung hervorgehen, dass eine weitere Stelle im Bereich Klimaschutz benötigt wird, soll diese durch Zurückgreifen auf die im Stellenplan verankerten Poolstellen eingerichtet werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
geänderter Beschluss	26	0	1

TOP 9	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Förderprogramm für die Neuinstallation von PV-Anlagen Vorlage: 033/2021
-------	---

Frau Albertz erläutert den Antrag. Sie erklärt, dass im Umweltausschuss das Argument angeführt wurde, dass der Antrag nicht sozial und außerdem einseitig sei, da nicht jeder davon profitieren würde. Sie entgegnet, dass aber zumindest einige davon profitieren würden. Außerdem würde dieser Antrag sehr gut zu der Teilnahme an der StädteChallenge passen.

Herr Böyer erkundigt sich, ob es durch die Umsetzung des Antrags ggfs. zu Förderschäden kommen könnte, da dann ggfs. eine Bundes- oder Landesförderung auf diesem Gebiet nicht mehr greifen würde.

Herr Kretschmer erläutert, dass der Antrag im Umweltausschuss abgelehnt wurde. Er ergänzt, dass es bereits viele Fördermöglichkeiten für PV-Anlagen gäbe und deshalb besser andere nachhaltige Projekte, wie bspw. die E-Mobilität oder die Speicherung von erzeugtem Strom gespeichert werden könnten.

Herr Öhmann entgegnet, dass es ja nur positiv für das Klima sei, wenn es noch mehr PV-Anlagen gäbe.

Herr Veit teilt mit, dass er mit dem Antrag durchaus sympathisiere. Außerdem weist er auf das großartige Klimaschutzkonzept der Stadt Coesfeld hin. Er verdeutlicht, dass Anträge, die in diese Richtung gehen, immer auch darstellen müssten, wo sie im Klimaschutzkonzept verankert seien und welche Maßnahmen aus dem Konzept ggfs. im Gegenzug zurückgestellt werden müssten. Er sehe die Gefahr, dass das Klimaschutzkonzept durch die Vielzahl von gestellten Anträgen zum Thema Klimaschutz durcheinander gebracht werden würde.

Herr Kestermann erklärt, dass er den Antrag ablehnen werde, da alle Bürger:innen den gleichen Zugang zum PV-Netz haben sollten. Er erkundigt sich zudem danach, wie das PV-Netz zur Zeit in Coesfeld ausgestaltet sei.

Herr Nielsen erkundigt sich, wie im Fachausschuss zu diesem Thema entschieden wurde. Er verdeutlicht, dass die Fachdiskussion gerade in den Rat verlegt und hier wiederholt würde.

Herr Köchling erklärt, dass der Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde. PV-Anlagen sollten gefördert werden. Dieser Antrag bringe jedoch eine gewisse Ungerechtigkeit mit sich.

Frau Diekmann gibt an, dass sie die Frage von Herrn Kestermann klären und eine Antwort über das Protokoll geben werde.

Antwort der Verwaltung: Laut Marktstammdatenregister sind in Coesfeld derzeit 1199 PV-Anlagen in Betrieb mit einer installierten Leistung von insgesamt 45673,452 kWp.

Herr Stadtbaurat Backes antwortet auf die Frage von Herrn Böyer, dass Förderungen durchaus zu kumulieren seien.

Beschluss (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt ein Förderprogramm für die Neuinstallation von PV-Anlagen seitens der Stadt Coesfeld zu beschließen. Im Haushaltsentwurf 2021 werden dafür Fördermittel in Höhe von 30 000 Euro eingestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	5	20	2

TOP 10	Antrag der CDU-Fraktion zu den Coesfelder Siedlungsperspektiven im Regionalplan Vorlage: 054/2021
--------	--

Herr Bücking erläutert den Antrag und teilt mit, dass die Notwendigkeit über den vierten Punkt des Beschlussvorschlages abzustimmen nicht mehr gegeben sei. Er erkundigt sich zudem, wie die Aussage auf der letzten Seite des zweiten Absatzes der Vorlage gemeint sei und was das dort erwähnte Kommunalgespräch beinhalte.

Herr Backes erläutert, dass bei dem ersten Kommunalgespräch das Siedlungsflächenmonitoring besprochen wurde. Außerdem habe die Bezirksregierung eine erste Bewertung konfliktfreier, konfliktarmer Räume und Tabuzonen vorgestellt. Die Kommune wurde gebeten, anhand eines Fragebogens diese Einschätzung der Bezirksregierung zu bewerten und zu ergänzen. Das ist erfolgt. Herr Backes merkt an, dass auf der Karte der Bezirksregierung bspw. die Kläranlage nicht berücksichtigt wurde. In dem zweiten Kommunalgespräch würden nun die Ergebnisse der Auswertung und der internen Diskussion in der Bezirksregierung mit den dortigen Fachabteilungen vorgestellt werden. Auf dieser Grundlage würde sich die Stadt dann entsprechend mit konkreten Überlegungen für neue Siedlungsflächen befassen. Daraus würde dann die offizielle Stellungnahme der Stadt zum Regionalplan entwickelt, dies natürlich unter Einbindung des Rates und seiner Gremien.

Herr Böyer merkt an, dass zunächst alle Fakten geklärt werden müssten. Der Antrag der CDU sei folglich überflüssig.

Beschluss (Antrag der CDU-Fraktion – geändert):

1. Die Verwaltung soll das Siedlungsflächenmonitoring im Fachausschuss Planen und Bauen vorstellen.
2. Im Zusammenhang damit soll die Nachfragesituation sowohl der Gewerbe- wie auch der Wohnbaugrundstücke aufgezeigt werden.
3. Zugleich sind die bestehenden Entwicklungsmöglichkeiten darzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	22	4	1

TOP 11	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Einrichtung eines Klimaschutzfonds zur finanziellen Förderung von Klimaschutzprojekten Vorlage: 031/2021
--------	--

Beschluss (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN):

Die Stadt Coesfeld richtet zum Haushaltsjahr 2021 einen Klimaschutzfonds zur finanziellen Förderung von örtlichen, konkreten und effektiven Klimaschutzprojekten von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden und Betrieben ein. Eine Liste förderfähiger Maßnahmen und Förderkonditionen wird unter Federführung der Verwaltung und Vertreter*innen des Umweltausschusses erarbeitet. Dem Fonds werden Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro zugeführt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	6	17	4

TOP 12	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Prüfung von Entzerrungsmöglichkeiten für die Verkehrssituation für die Anwohner:innen der Laurentiusstraße Vorlage: 007/2021
--------	---

Wie im Ausschuss für Planen und Bauen wird lediglich über den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen):

Es wird beschlossen, die Verwaltung möge prüfen, welche kurzfristigen Maßnahmen dazu beitragen könnten die angespannte Verkehrssituation für die Anwohner der Laurentiusstraße zu entschärfen.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung (geändert):

Es wird beschlossen, die in den Anlagen 4.1 und 4.2 der Sitzungsvorlage 007/2021 dargestellten Maßnahmen (Einrichtung einer Halteverbotszone, Markieren von Stellplätzen, Aufstellen von Pollern) probeweise umzusetzen. Die Markierung der Parkplätze erfolgt entsprechend des als Anlage 5 der Sitzungsvorlage 007/2021 beigefügten Detailplanes. Die Auswirkungen auf das Geschwindigkeitsniveau sind durch eine Vorher-/ Nachher-Untersuchung nachzuweisen. Nach einer angemessenen Probezeit und insofern die Entwicklung der Corona-Pandemie dies zulässt, ist gemeinsam mit den Anliegern über den Erfolg der Maßnahme und ggf. weitere ergänzende Maßnahmen zu diskutieren.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Vorschlag der Verwaltung)	22	0	5

TOP 13 Antrag zum Haushaltsentwurf 2021 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 051/2021

Beschluss (Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Es wird beschlossen zum Produkt 70.07, Zeile 13 – Aufwendungen/Projekte zum Klima- und Umweltschutzkonzept, die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Summe von 75.000 EUR um 50.000 EUR auf eine Gesamtsumme von 125.000 EUR aufzustocken.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	5	18	4

TOP 14 Antrag zum Haushalt 2021 zur Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes
Vorlage: 062/2021

Herr Tranel erläutert den Sachverhalt und den Antrag. Er erklärt zudem, dass durch die Annahme des Antrages ein deutliches Signal gesetzt würde und zudem das Motto „Stark aus der Krise“ verdeutlicht würde.

Herr Öhmann entgegnet, dass es ihn verwundere, dass zu solch unsicheren Zeiten so viel Geld liegen gelassen würde. Was Firmen wirklich bräuchten, sei keine Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes, sondern ausgebildete Fachkräfte.

Herr Goerke weist darauf hin, dass es solch einen Antrag bereits in sichereren Zeiten gegeben habe. Er ergänzt, dass hiermit nur Firmen geholfen würde, denen es eh schon gut gehe.

Herr Hallay betont, dass er hier den Deckungsvorschlag vermisse.

Herr Tranel merkt an, dass die CDU bei Antragsstellung nichts von dem Verwaltungsplan gewusst habe und zudem ein Signal setzten wolle. Er teilt mit, dass es für die CDU auch in Ordnung sei, wenn es ein vernünftiges Konzept der Verwaltung gebe. Er weist außerdem darauf hin, dass mit der Senkung ein Anreiz geschaffen werden könne und somit eine Abwanderung der Unternehmen verhindert werden könne.

Herr Böyer merkt an, dass eine strategische Planung benötigt werde. Außerdem würden die Hebesätze mit der Attraktivität des Standortes zusammenhängen. Jedoch müsse Coesfeld an sich für Gewerbetreibende attraktiver werden, bspw. dadurch, dass mehr Gewerbeflächen geschaffen würden.

Herr Fabry erläutert, dass die Gewerbesteuer auf den Gewinn eines Unternehmens anfalle. Wenn es folglich keine Gewinne gebe, so Herr Fabry, gebe es auch keine Einnahmen der Stadt durch die Gewerbesteuer. Der Antrag der CDU sei laut ihm nicht passend für die jetzige Zeitplanung.

Herr Dr. Kleinschneider teilt mit, dass die Stadt Coesfeld zeigen müsse, dass sie die Gewerbetreibenden entlaste.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erklärt, dass die Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes angegangen werde; dies jedoch mit Konzept erfolgen solle.

Herr Tranel erklärt sich mit dem Konzept einverstanden, wünscht jedoch, dass dies zeitnah diskutiert würde.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion der Stadt Coesfeld beantragt:

Für den Haushalt 2021 den Gewerbesteuerhebesatz an den fiktiven Hebesatz anzugleichen und auf 418 % zu senken.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	10	16	1

TOP 15	Antrag der CDU Fraktion auf Erneuerung des vorhandenen Baumlehrpfades und die Einrichtung eines Waldlehrpfades sowie die Aufstellung von Hinweisschildern für den Walttourismus Vorlage: 057/2021
--------	--

Nach Aussage von Herrn Tranel, kann lediglich über den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werden.

Beschlussvorschlag (Antrag der CDU-Fraktion):

Die Verwaltung wird beauftragt für den Waldtourismus, die Naherholung und die Bildung

1. den Baumlehrpfad am Coesfelder Berg instand zu setzen und um ein entsprechendes Konzept der Edukation und Information zu erweitern,
2. Hinweisschilder in allen städtischen Wäldern aufzustellen, die als Ausflugsziel beliebt sind:
 - Flamschen/Goxel
 - Coesfelder Berg
 - Brink und weitere.

Die Hinweisschilder sollen folgende Infos enthalten:

- Hinweise über Brut und Setzzeit
 - Hinweise zur Leinenpflicht
 - Hinweise zum Umgang mit Zigaretten und offenem Feuer
 - Hinweise zum Umgang mit Müll
 - Hinweise zum Verhalten im Wald
 - Hinweise zum Verhalten beim Fund von Tieren
3. im Bereich Flamschen/Goxel einen Waldlehrpfad mit Informationen zu Tieren und Leben im Wald zu entwickeln und umzusetzen,
 4. entsprechende Mülleimer/Sammelstellen am Waldrand aufzustellen, um den Mülleintrag in den Wäldern zu verringern,
 5. zu klären, ob auch beim Lehrpfad Lette eine Instandsetzung notwendig ist,
 6. eine Einbindung in das Leader-Programm zu prüfen.

Beschlussvorschlag (Alternative der Verwaltung):

Es wird beschlossen den Antrag der CDU-Fraktion zur fachlichen Beratung an den Umweltausschuss zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Vorschlag der Verwaltung)	27	0	0

TOP 16	Antrag der CDU-Fraktion zur Durchführung einer Aufarbeitung/Sanierung einer städtischen Teich- und Parkanlage im Helmuspark Vorlage: 058/2021
--------	--

Nach Aussage von Herrn Tranel, kann lediglich über den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werden.

Herr Hallay merkt an, dass er einer Überweisung zustimmen würde. Er weist zudem darauf hin, dass auch der Teich im Stadtwald berücksichtigt werden müsse und dass es dafür bereits eine Verankerung im Haushalt („Pflege von Teichanlagen“) gebe. Der Antrag der CDU sei folglich überflüssig und binde lediglich viel Zeit.

Herr Stadtbaurat Backes weist darauf hin, dass die von Herrn Hallay angesprochene Verankerung im Haushalt bedeute, dass die bestehenden Anlagen entsprechend gepflegt würden. Er habe den Antrag der CDU anders verstanden.

Herr Bachmann merkt an, dass der Rat das Controlling übernehmen müsse, wenn die Verwaltung diese Aufgabe nicht erledige.

Beschlussvorschlag (Antrag der CDU-Fraktion):

Die Durchführung folgender Sanierungsmaßnahmen im Helmuspark wird beschlossen:

1. Reinigung und Aufbereitung der Teichanlage (Entschlammung/Vertiefung)
2. Begrünung der Uferzonen für eine biologische Reinigung
3. Prüfung der Menge des dort gehaltenen Tierbestandes im Teichbereich und der Anpassung auf ein für die Wasserfläche verträglichen Besatz an Tieren
4. Prüfung der aktuell bestehenden Anlagen, ob diese so weiter betrieben werden können.
5. Ggf. eine Anpassung des Konzeptes und die Überplanung der Anlage.
6. Erstellung eines Beschilderungskonzeptes für die im Helmuspark gehaltenen Vögel in der Schauanlage, die seitens der Stadt errichtet wurde.

Beschlussvorschlag (Alternative der Verwaltung):

Es wird beschlossen den Antrag der CDU-Fraktion zur fachlichen Beratung an den Umweltausschuss zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Vorschlag der Verwaltung)	26	1	0

TOP 17	Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Night City Shuttle 4.0 Vorlage: 059/2021
--------	---

Nach Aussage von Herrn Tranel, kann lediglich über den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werden. Herr Tranel erkundigt sich zudem, ob, auch wenn die Überweisung an die Fachausschüsse nun beschlossen würde, eine unterjährige Realisierung mithilfe der „Über- und Außerplanmäßigen“ Aufwendungen möglich sei.

Herr Stadtbaurat Backes merkt an, dass es nicht einfach sei, solch ein Projekt auf die Schnelle zu installieren. Zudem könne die Verwaltung nicht sagen, wie teuer solch ein Projekt sei, weshalb eine Umsetzung erst im Jahr 2022 denkbar zu sein scheint.

Herr Tranel entgegnet, dass ein Konzept für solch eine Maßnahme durchaus in wenigen Monaten zu erstellen und das Projekt folglich auch in kürzerer Zeit umsetzbar sei.

Herr Bachmann erkundigt sich, weshalb eine Vorberatung im Umweltausschuss vorgesehen sei.

Herr Backes erläutert, dass das Konzept auch mit dem ÖPNV zu tun habe und deshalb auch ein gewisser Umweltaspekt vorhanden sei.

Beschlussvorschlag (Antrag der CDU-Fraktion):

Es wird beschlossen:

1. Die Planung und Einführung eines Night City Shuttle 4.0.
2. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 30.000 Euro sind im Produkt 60.03. unter Transferaufwendungen für den Haushalt 2021 zu veranschlagen.

Beschlussvorschlag (Alternative der Verwaltung):

Es wird beschlossen den Antrag der CDU-Fraktion zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse des Rates mit nachstehender Beratungsfolge zu überweisen.

- Umweltausschuss
- Ausschuss für Planen und Bauen

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Vorschlag der Verwaltung)	27	0	0

TOP 18 Antrag der CDU zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Coesfeld
Vorlage: 049/2021

Herr Dr. Kleinschneider erläutert den Antrag. Er teilt mit, dass die Situation der Wirtschaft problematisch sei und dass noch mehr für die Entwicklung der Wirtschaft in Coesfeld getan werden müsse. An der Wirtschaftsförderung wie sie jetzt arbeite, könne man gut ansetzen. Auch die Fraktionen sollten gemeinsam bei der Entwicklung der Coesfelder Wirtschaft helfen.

Es wurde über den im Haupt- und Finanzausschuss gefassten Beschluss, welcher in der Ratssitzung ergänzt wurde, abgestimmt.

Beschluss (geändert):

1. Die von der CDU-Fraktion vorgelegten Eckpunkte zur Stärkung der Wirtschaft werden zur Kenntnis genommen und in die schon angedachten und praktizierten Wirtschaftsförderungspläne der Verwaltung nach Möglichkeit mit aufgenommen.
2. Die Verwaltung wird ihren Wirtschaftsförderungsplan halbjährlich vorstellen und über weitere angedachte Projekte, wenn diese bereits spruchreif sind, berichten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 19 Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung der Biodiversität im Stadtgebiet Coesfeld
Vorlage: 056/2021

Nach Aussage von Herrn Tranel, kann lediglich über den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werden.

Beschlussvorschlag (Antrag der CDU-Fraktion):

Es wird beschlossen:

1. Die Erweiterung und Ausbildung einer Einsatzkolonne des Bauhofes für Tätigkeiten zur Förderung der Biodiversität auf städtischen Flächen.
2. Eine Berichterstattung zu den in der Begründung [des Antrags] genannten Maßnahmen mit einem jährlichen Bericht über die Nutzung der Nisthilfen und die Artenvielfalt auf den Wiesen.

Beschlussvorschlag (Alternative der Verwaltung):

Es wird beschlossen den Antrag der CDU-Fraktion zur fachlichen Beratung an den Umweltausschuss zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Vorschlag der Verwaltung)	27	0	0

Über den Vorschlag der CDU wurde nicht abgestimmt.

TOP 20	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Umbesetzung eines Ausschusses sowie Ergänzung der Vertretungsliste Vorlage: 044/2021
--------	--

Beschluss:

Die Umbesetzung des Fachausschusses für Angelegenheiten der Weiterbildung und die nachfolgend aufgeführten Erweiterungen der Vertretungslisten in den jeweiligen Gremien werden gemäß dem Antrag der Fraktion Pro Coesfeld beschlossen.

A. Fachausschuss für Angelegenheiten der Weiterbildung

Bisheriges Mitglied

Herr
Michael Banneyer
Citadelle 15
48653 Coesfeld

Neues Mitglied

Herr
Dr. Thomas Pago
Gaupel 30
48653 Coesfeld

B. Erweiterung der Vertretungsliste

Haupt- und Finanzausschuss	Ausschuss für Familien, Senioren u. Soziales
1. Patricia Vogel 2. Martina Vennes 3. Georg Veit	1. Heinrich Vollmer 2. Patricia Vogel 3. Günter Hallay
Umweltausschuss	Ausschuss für Planen und Bauen
1. Robert Böyer 2. Patricia Vogel 3. Günter Hallay	1. Robert Böyer 2. Patricia Vogel 3. Günter Hallay
Betriebsausschuss des Abwasserwerks	Bezirksausschuss
1. Nicole Dicke 2. Patricia Vogel 3. Günter Hallay	1. Robert Böyer 2. Heinz Volmer

Fachausschuss für Angelegenheiten der Weiterbildung	Rechnungsprüfungsausschuss
1. Martina Vennes 2. Georg Veit	1. Günter Hallay 2. Martina Vennes 3. Georg Veit
Wahlausschuss	Wahlprüfungsausschuss
1. Heinrich Volmer 2. Georg Veit 3. Günter Hallay	1. Heinrich Volmer 2. Georg Veit 3. Günter Hallay
Verbandsversammlung Musikschule	Ausschuss für Kultur, Schule, Sport
1. Martina Vennes 2. Patricia Vogel 3. Günter Hallay	1. Heinrich Volmer 2. Nicole Dicke 3. Robert Böyer

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 21	Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" Vorlage: 040/2021
--------	--

Herr Köchling weist darauf hin, dass die CDU selbst einen Antrag zum Thema Biodiversität gestellt habe. Er ergänzt, dass besonders auch das Wachstum der Stadt Coesfeld in den Blick genommen werden müsse. Sollten Entscheidungen dahingehend getroffen werden, müssten diese auch umsetzbar sein. Die CDU werde den Antrag ablehnen.

Herr Fabry teilt mit, dass der Beschlussvorschlag geändert werden müsse, da hier wohl die alte Vorlage übernommen worden sei.

Der Beschlussvorschlag wird in seinem Wortlaut folglich angepasst und zur Abstimmung gestellt.

Beschluss (Vorschlag der SPD Ratsfraktion - geändert)

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu unterzeichnen und dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. beizutreten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	10	3

TOP 22 Initiierung des Projektes "Coesfeld blüht"
Vorlage: 037/2021

Beschluss1 (Vorschlag der SPD Ratsfraktion - geändert)

Der Rat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, in einem Pilotprojekt im Bereich Rekener Straße / Friedhofsallee die dortigen städtischen Grünflächen durch die Schaffung artenreicher, mehrjähriger Blühwiesen, die Pflanzung heimischer Gehölze oder die Anlage von Beerenhecken und Stauden-Zwiebelpflanzungen sowohl optisch als auch ökologisch aufzuwerten.

Beschluss 2 (Vorschlag der SPD Ratsfraktion)

Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sollen die Grundlage für die Umgestaltung / Neuanlage arten- und blütenreicher Wiesen im Straßenbegleitgrün mit Pflanzenarten aus regionaler Herkunft, Pflanzung heimischer Gehölze sowie die Anlage von Kräuterbeeten und Beerenhecken, Stauden- und Zwiebelpflanzungen im gesamten Stadtgebiet bilden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	27	0	0
Beschluss 2	26	0	1

TOP 23 Namensgebung Kreuzschule
Vorlage: 355/2020/1

Herr Goerke erklärt, dass der Antrag seinerzeit gestellt wurde, da die Schule bedauerte, dass der Name Anne-Frank aus Coesfeld verschwunden sei. Sollte der Wunsch einer Umbenennung seitens der Schule nicht mehr bestehen, müsse dem Antrag nicht mehr nachgegangen werden.

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld vom 29.01.2018 auf Umbenennung der Kreuzschule in Anne-Frank-Schule abzulehnen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 24	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 48a "Verlagerung Möllers Heizung Sanitär" Vorlage: 022/2021
--------	--

Beschluss 1:

Die Abwägung der im Rahmen der „öffentlichen Auslegung“ (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (Anlage 8) wird wie folgt beschlossen:

Es wird beschlossen, die Hinweise des Bürgers 01 im Bebauungsplan nicht zu berücksichtigen.

Beschluss 2:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 Abs. 2 BauGB) vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (s. Anlage 9.1) wird wie folgt beschlossen:

- 2.1 Es wird beschlossen, die Hinweise des Kreises Coesfeld (Untere Naturschutzbehörde) im Bebauungsplan zu berücksichtigen.
- 2.2 Es wird beschlossen, die Hinweise von Straßen.NRW im Bebauungsplan zu berücksichtigen.
- 2.3 Es wird beschlossen, auf dem Bebauungsplan den Hinweis auf die Festsetzung aus dem Bebauungsplan Nr. 48 „Erweiterung der Siedlung Goxel“ aufzunehmen, dass für die öffentliche Grünfläche eine Bindung für die Erhaltung von Bäumen (flächenhaft) besteht.
- 2.4 Es wird beschlossen, die Hinweise der IHK Nord Westfalen im Bebauungsplan zu berücksichtigen.
- 2.5 Es wird beschlossen, die Einwände des LWL bezüglich der grenzständigen Mauer im Bebauungsplan und im Vorhaben- und Erschließungsplan zu berücksichtigen und die Hinweise zu aktualisieren.
- 2.6 Es wird beschlossen, die Hinweise der Stadtwerke Coesfeld zu berücksichtigen und die Begründung anzupassen.
- 2.7 Es wird beschlossen, die Hinweise des Abwasserwerkes der Stadt Coesfeld zu berücksichtigen und den Bebauungsplan und die Begründung anzupassen.
- 2.8 Es wird beschlossen, den Hinweis der Bezirksregierung Arnsberg im Bebauungsplan zu berücksichtigen.

Beschluss 3:

Die Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gem. § 4a (3) BauGB i.V.m. § 4 (2) BauGB) vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (Anlage 11.1) wird wie folgt beschlossen:

- 4.1 Es wird beschlossen, die redaktionelle Änderung von Straßen.NRW zu den Hinweisen 3.3 und 4.1 vorzunehmen.
- 4.2 Es wird beschlossen, die redaktionelle Änderung der Stadtwerke Coesfeld sowie die ergänzende Klarstellung zur Erschließung des WA-Gebietes in der Begründung vorzunehmen.

Beschluss 4:

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 48a „Verlagerung Möllers Heizung Sanitär“ wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und gemäß den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO. NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666), in den zurzeit geltenden Fassungen.

Beschluss 5:

Die Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 48a „Verlagerung Möllers Heizung Sanitär“ wird beschlossen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann vergewissert sich, dass die Ratsmitglieder die Abwägung der vorliegenden Stellungnahmen umfassend und detailliert vorgenommen haben.

Sodann lässt Frau Bürgermeisterin Diekmann über die Beschlussvorschläge 1 – 5 en bloc abstimmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1-5	27	0	0

TOP 25 DIEK-Lette: Projekt "Dirtpark Lette" Vorlage: 023/2021
--

Beschluss:

Es wird beschlossen, das Projekt „Dirtpark Lette“ zur nächsten Förderantragsfrist zum 30.09.21 einzureichen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 26 Bebauungsplan Nr. 138 "Wohngebiet Meddingheide II", 1. Änderung
Vorlage: 024/2021

Nach Aufruf der Tagesordnung teilt Herr Kestermann mit, gemäß § 31 GO NRW befangen zu sein.

Es herrscht Einverständnis darüber, dass über die Beschlussvorschläge 1 und 2 en bloc abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag 1 – Aufstellungsbeschluss:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 138 „Wohngebiet Meddingheide II“, 1. Änderung aufzustellen und das Bauleitplanverfahren auf Grundlage des § 13 BauGB (vereinfachtes Verfahren) durchzuführen.

Das Plangebiet befindet sich im südlichen Bereich des Ortsteils Lette der Stadt Coesfeld und umfasst die Flächen östlich der Straße Peilsweg westlich der Coesfelder Straße sowie nördlich des Wirtschaftsweges. Südlich des Wirtschaftsweges liegt das zum Baugebiet gehörige Regenrückhaltebecken.

Das Plangebiet setzt sich aus den Flurstücken 565 (teilw.), 566, 568-570, 572-574, 576-628 (Gemarkung Lette, Flur 17) zusammen. Die genaue Abgrenzung ist im Übersichtsplan ersichtlich.

Beschlussvorschlag 2 – Beteiligungsbeschluss:

Der betroffenen Öffentlichkeit (Eigentümer im Baugebiet Meddingheide II) sowie den berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Nr. 3 BauGB wird Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer 14-tägigen Frist gegeben. Grundlage der Beteiligung sind die vorliegenden Unterlagen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 138 „Wohngebiet Meddingheide II“, 1. Änderung.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschluss 1 und 2	23	1	2	1

TOP 27 82. Änderung des Flächennutzungsplanes - Offenlagebeschluss
Vorlage: 034/2021

Herr Wolfers teilt mit, dass sich die Grünen ein Gebiet mit verschiedenen Wohnformen wünschen und deshalb dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werden.

Herr Goerke merkt an, dass die Nachfrage so nicht gedeckt werden könne. Außerdem läge ein Eingriff in Natur und Landschaft vor. Man müsse hier einen besonderen Blick auf den Arten- und Naturschutz haben. Es gäbe hier noch Aufklärungsbedarf. Herr Goerke fordert die Verwaltung auf, mit der Bürgerschaft ins Gespräch zu gehen.

Frau Albertz erläutert, dass wenn der Flächennutzungsplan erst einmal geändert sei, alles seinen Gang gehe. Man tue sich keinen Gefallen, wenn man den Beschlussvorschlägen hier zustimme.

Herr Köchling merkt an, dass die Nachfrage nach Einfamilienhäusern sehr groß sei und er deshalb den Argumenten der Grünen nicht folgen könne.

Beschlussvorschläge:

Beschlussvorschlag 1:

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (Anlage 8) wird wie folgt vorläufig beschlossen:

- 1.1 Es wird beschlossen, das weitere Verfahren auf Grundlage der vorgelegten, durch die Untere Naturschutzbehörde geprüften und als fachlich richtig bewerteten Artenschutzprüfung durchzuführen.
- 1.2 Es wird beschlossen, für das weitere Verfahren an dem bestehenden Gestaltungskonzept für den Bebauungsplan festzuhalten und auf die Erstellung eines separaten Grünkonzeptes zu verzichten.
- 1.3 Es wird beschlossen, im weiteren Verfahren auf die Festsetzung einer Fläche für Tiny-Häuser zu verzichten.

Beschlussvorschlag 2:

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (Anlage Nr. 2) wird wie folgt vorläufig beschlossen:

- 2.1 Es wird beschlossen, die Hinweise in den Unterlagen zu berücksichtigen.
- 2.2 Es wird beschlossen, das weitere Verfahren auf Grundlage der vorgelegten, durch die Untere Naturschutzbehörde geprüften und als fachlich richtig bewerteten Artenschutzprüfung durchzuführen.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der 82. Änderung des Flächennutzungsplanes zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	17	5	5
Beschluss 2	15	5	7
Beschluss 3	15	7	5

TOP 28 B103 "Reitanlage Flamschen" 1. Änderung
Vorlage: 035/2021

Beschluss 1:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 Abs. 2 BauGB) vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (s. Anlage 6.1) wird wie folgt beschlossen:

- 1.1 Es wird beschlossen, dem Hinweis der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Coesfeld, der Planung entsprechende Maßnahmen zum Ausgleich gem. §1a Abs. 3 BauGB zu treffen, zu folgen.
- 1.2 Es wird beschlossen, dem Hinweis der Stadtwerke Coesfeld GmbH, ein Leitungsrecht für die 10 kV- und Fernwirkleitungen im nördlichen Grundstücksbereich einzuräumen, nicht zu folgen.

Beschluss 2:

Der Bebauungsplan Nr. 103 "Reitanlage Flamschen - 1. Änderung" wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und gemäß den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO. NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666), in den zurzeit geltenden Fassungen.

Beschluss 3:

Die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 103 " Reitanlage Flamschen" 1. Änderung wird beschlossen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann vergewissert sich, dass die Ratsmitglieder die Abwägung der vorliegenden Stellungnahmen umfassend und detailliert vorgenommen haben.

Sodann lässt Frau Bürgermeisterin Diekmann über die Beschlussvorschläge 1 – 3 en bloc abstimmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 – 3	18	0	9

TOP 29 Bebauungsplan Nr. 61a "Ehemaliger Spielplatz Hengtekamp"
Vorlage: 374/2020

Beschluss 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan aufzustellen und das Bauleitplanverfahren auf Grundlage des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchzuführen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 61a "Ehemaliger Spielplatz Hengtekamp" befindet sich rd. 1 km nordwestlich des Coesfelder Innenstadtkerns. Das Plangebiet liegt im nördlichen Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 61 „Indehell“. Das Gebiet ist rd. 1.960 m² groß.

Im Süden und Osten wird die Fläche durch die Straße Hengtekamp begrenzt. Im Osten grenzt zudem das Grundstück „Hengtekamp 30“ an. Im Nordwesten des Plangebietes schließt sich ein kleiner Entwässerungsgraben am Böschungsfuß des Konrad-Adenauer-Rings (B 474) an. Der Graben liegt aber bereits außerhalb des Geltungsbereichs. Im Westen – ca. 50 m Luftlinie entfernt – verläuft die Bahnstrecke Dortmund-Enschede.

Der Geltungsbereich umfasst eine rd. 1.846 m² große Teilfläche des Flurstücks 603 sowie eine rd. 112 m² Teilfläche des Flurstückes 596 (alle Gemarkung Coesfeld-Stadt, Flur 34).

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans kann aus dem beige-fügten Übersichtsplan entnommen werden (s. Anlage 1).

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der Aufstellung des Bebauungsplans zu beteiligen.

Es herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern, dass über die Beschlussvorschläge en bloc abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1-2	10	17	0

TOP 30	Schulzentrum – Vorschläge des Gymnasium Nepomucenum zur Anpassung der Entwurfsplanung Vorlage: 020/2021
--------	--

Herr Veit merkt an, dass er die Korrespondenz zwischen der Schulleitung und der Bürgermeisterin vom 22.01. gern schon zu Sitzung des Ausschusses Kultur, Schule und Sport gehabt hätte. Er weist darauf hin, dass die Schule darin einen Deckungsvorschlag gemacht habe; dies allein zeige, wie wichtig der Schule dieses Anliegen sei. Die pädagogische Relevanz wäre laut Herrn Veit diskutierbar.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass die von der Schule gemachten Deckungsvorschläge im Rat diskutiert, jedoch nicht angenommen wurden.

Herr Vogel weist darauf hin, dass Bildung oberste Priorität haben sollte. Außerdem sei es hier der Wunsch der Lehrerschaft des Nepomucenum, die entsprechenden Türen einzurichten. Er verweist zudem auf die Aussage, dass das Vorhaben starten könne, wenn die Fördergenehmigung der Sporthalle vorläge. Es wurde jedoch lediglich eine geringere Fördersumme, als geplant, zugesagt. Herr Vogel erläutert den Vorschlag, neben den Türblättern einen Glasstreifen einzusetzen, so würde gleichzeitig Transparenz geschaffen und zudem Kosten gespart. Er stellt zudem die Frage, ob die Glastüren so robust seien, wie die Holztüren. Herr Vogel plädiert dafür dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Herr Goerke erkundigt sich, warum die Baunebenkosten so hoch seien. Laut Herrn Goerke sei dies der Grund weshalb die Bezirksregierung weniger Fördermittel gewähre. Er betont zudem, dass die Glastüren ein großes Anliegen der Schule sei.

Herr Musholt erklärt, dass dieses Thema bereits im Schulausschuss behandelt wurde. Hier wurde laut Herrn Musholt besprochen, dass zunächst abgewartet werden solle, welche Fördermittel zugesagt werden. Danach würde weitergeschaut. Es wurde nie gesagt, dass sobald eine Förderzusage vorläge, die Maßnahme umgesetzt würde. Herr Musholt teilt zudem mit, dass er denke, dass das pädagogische Konzept nicht darunter leiden werde, wenn der Rat nicht zustimmen werde.

Herr Backes teilt mit, dass Planungskosten im Regelfall mit 20% berücksichtigt würden.

Herr Bouhari erläutert, dass hier nur für den Vorschlag der Schule geworben werden könne. Der Wunsch nach den Glastüren käme hier aus der Lehrerschaft. Solche Wünsche sollten ernstgenommen werden. Zudem wurde hier ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung gemacht. Er erklärt, dass es auch bei anderen Maßnahmen zukünftige Belastungen gebe. Die SPD werde zustimmen.

Herr Fabry teilt mit, dass die jetzigen schulischen Innenräume keine natürliche Belichtung vorweisen könnten. Da ein gutes Lernklima wichtig sei, werde die FDP zustimmen.

Herr Musholt weist erneut darauf hin, dass im Schulausschuss beschlossen wurde, zunächst die Fördermitteilung abzuwarten und danach weiter zu schauen. Er weist darauf hin, dass es so oder so eine Modernisierung geben werde.

Frau Albertz merkt an, dass es auch ohne Glastüre möglich sei, pädagogisch wertvollen Unterricht zu machen. Es sei nicht immer nötig, dass man in die Klassenräume hineingucken könne. Dies könne in manchen Fällen auch als störend empfunden werden.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Türen der Unterrichtsräume in den Jahrgangsklustern, wie in der Entwurfsplanung vorgesehen, mit einem geschlossenen Türblatt auszuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	17	10	0

TOP 31 Freiflächenkataster für den Einsatz von Photovoltaik-Anlagen
Vorlage: 042/2021

Beschluss (Vorschlag der CDU-Fraktion – geändert):

Die Verwaltung wird beauftragt ein Freiflächenkataster zu erstellen, als Grundlage für den Aufbau von Photovoltaik-Anlagen, sowie einen Solarkataster zu erstellen. Die Verwaltung wird zudem beauftragt zu prüfen, wie Gewerbetreibende bei diesem Vorhaben miteinbezogen werden können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	22	3	2

TOP 32 Erschließung des "Wohngebietes östlich Baakenesch" - alternative Pflasteroberfläche
Vorlage: 011/2021

Beschluss:

1. Der Beschluss des Rates vom 07.07.2016 wird dahingehend geändert, dass auch die Seitenstreifen mit dem folgenden Standard ausgebaut werden:

Seitenstreifen – Betonsteinpflaster

Betonsteinpflaster 20/10/8 cm mit Minifase, Farbe: **grau**

4 cm Pflasterbettung als Splittsandgemisch

20 cm Hartkalksteingemisch 0/45 mm

33 cm Frostschutzschicht 0/45 mm

2. Gegenüber des Hauses Baakenesch 3 wird – ein positives Votum der unmittelbaren Anlieger (Baakenesch 1, 3 und 5) vorausgesetzt - eine Plateauaufpflasterung als verkehrsberuhigendes Element entsprechend der beigefügten Planskizze realisiert.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 33	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über ein Aussetzen der Beitrags- erhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertages Vorlage: 016/2021
--------	---

Beschluss:

Die nachfolgende, entsprechend § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeits-
entscheidung wird entsprechend § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW wird folgende Dringlichkeitsentscheidung getroffen:

Die Stadt Coesfeld setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Sat-
zungen für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindertagespflege gemäß §§ 22, 23 und 24 SGB VIII (KJHG) sowie §§ 1 Absatz 1, 3, 4, 13, 17 KiBiz,
- Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen gemäß § 22, 22a, und 24 SGB VIII (KJHG) sowie § 1 Absatz 1, 3, 13 ff, 18 ff KiBiz,
- Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekun-
darstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2)

im und für den Zeitraum vom 01. bis 31. Januar 2021 aus. Dies geschieht unabhängig da-
von, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 34 Fahrradabstellanlagen im Bereich der Innenstadt
Vorlage: 281/2020

Es wird über den im Ausschuss für Planen und Bauen geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss (geändert):

1. Die Fahrradabstellanlagen in den Erweiterungsbereichen
Nr. 2 „Bernhard-von Galen-Straße/Schüppenstraße“
Nr. 4 „Poststraße“
Nr. 5 „Kuchenstraße“
Nr. 6 „Jakobikirche“ und
Nr. 11 „Süringstraße“
werden einschließlich der Lastenradparkplätze wie in den als Anlage 2 beigefügten Planungskonzepten dargestellt und wie im Sachverhalt erörtert realisiert.
2. Die in der als Anlage 3 beigefügten Bilddokumentation dargestellten vorhandenen Abstellplätze werden wie im Sachverhalt erörtert realisiert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 3.1 im Zusammenhang mit der Sanierung/Umgestaltung der Fußgängerzone die Realisierbarkeit einer Fahrradtiefgarage im Erweiterungsbereich Nr. 6 „Jakobikirche“ zu prüfen,
 - 3.2 den Bau einer überdachten Abstellanlage im Erweiterungsbereich Nr. 8:“ Rosenstraße“ als Anforderung in den Investoren-Wettbewerb „Quartier Kapuzinerstraße und Nachnutzung M-L-Schule“ einzubringen und die konkrete Planung nach Abschluss der Rahmenplanung durchzuführen,
 - 3.3 im Zusammenhang mit der Überplanung des Erweiterungsbereiches Nr. 10 „Rathaus Innenhof“ die Realisierbarkeit einer überdachten Abstellanlage zu prüfen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 35 Entwicklung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen auf der Paßstiege: Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung / Entscheidung über umzusetzende Maßnahmen
Vorlage: 406/2020

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, die Paßstiege nicht zu einem verkehrsberuhigten Bereich (Verkehrszeichen 325, die so genannte „Spielstraße“) umzugestalten (Sperrung der Stra-

ße zur Verringerung des Verkehrs, niveaugleicher Bereich ohne Bordsteine und separate Gehwege, Mischfläche für alle Verkehrsarten).

2. Es wird beschlossen, die Paßstiege entsprechend des als Anlage beigefügten Lageplans „Verkehrsberuhigende Maßnahmen einschließlich der Querschnitte 1 bis 4 und des Details Plateauaufpflasterung – **Variante**“ mit 4 Plateaufpflasterungen auszustatten.

Um eine Lärmbelästigung der Anlieger zu vermeiden, ist dabei für die Querschnitte 1, 2 und 4 der Regelquerschnitt in der Variante 3 (Anlage 3) zu berücksichtigen.

3. Die Paßstiege stellt weiterhin eine wichtige Verbindung auch für den landwirtschaftlichen Verkehr dar. Eine bauliche Sperrung der Straße ist daher nicht möglich.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	25	1	0

Herr Kretschmer nimmt an der Abstimmung nicht teil.

TOP 35.1 Entwicklung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen auf der Paßstiege: Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung / Entscheidung über umzusetzende Maßnahmen
Vorlage: 406/2020/1

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 36 Sonderhaushaltsplan der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 045/2021

Beschluss:

Der Sonderhaushaltsplan der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 37 Stellenplan 2021
Vorlage: 052/2021

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 12 LBesG NRW nach Besoldungsgruppe A 13 L2E1 umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach Besoldungsgruppe A 12 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Besoldungsgruppe A 12 LBesG NRW im Stellenplan in eine Poolstelle umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 4:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um eine Stelle in der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 5:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,75 Stellen in der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 6:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 7:

Es wird beschlossen, eine 0,75 Stelle EG 10 TVöD nach Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 8:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 L2E1 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9c TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 9:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 L2E1 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9c TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 10:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 L2E1 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9c TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 11:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 L2E1 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9c TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 12:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Besoldungsgruppe A 10 L2E1 LBesG NRW im Stellenplan in eine Poolstelle umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 13:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,5 Stellen in der Besoldungsgruppe A 10 L2E1 LBesG NRW zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 14:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 L2E1 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 15:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um eine Stelle in der Besoldungsgruppe A 9 L1E2Z LBesG NRW zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 16:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um eine Stelle in der Besoldungsgruppe A 8 LBesG NRW zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 17:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Besoldungsgruppe A 8 LBesG NRW nach A 9 L1E2 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 18:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 12 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 19:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 11 TVöD nach EG 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 20:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 21:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 22:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 23:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 24:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 25:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 26:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 27:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 28:

Es wird beschlossen, eine 0,51 Stelle EG 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 29:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 10 TVöD nach EG 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 30:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 10 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 31:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,5 Stellen EG 10 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 32:

Es wird beschlossen, eine Poolstelle EG 10 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 33:

Es wird beschlossen, eine 0,32 Stelle EG 10 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 34:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,49 Stellen EG 9c TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 35:

Es wird beschlossen, eine 0,26 Stelle EG 9c TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 36:

Es wird beschlossen, eine Stelle 0,5 EG 9c TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 37:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9b TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 38:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9b TVöD nach EG 8 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 39:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,5 Stellen EG 9b TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 40:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,31 Stellen EG 9b TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 41:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9a TVöD nach EG 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 42:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 43:

Es wird beschlossen, eine 0,11 Stelle EG 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 44:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 45:

Es wird beschlossen, eine 0,44 Stelle EG 9a TVöD nach EG 7 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 46:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,27 Stellen EG 9a TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 47:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 48:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 49:

Es wird beschlossen, eine Poolstelle EG 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 50:

Es wird beschlossen, eine 0,26 Stelle EG 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 51:

Es wird beschlossen, eine 0,15 Stelle EG 9a einzurichten.

Beschlussvorschlag 52:

Es wird beschlossen, eine 0,50 Stelle EG 9a einzurichten.

Beschlussvorschlag 53:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 8 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 54:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 8 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 55:

Es wird beschlossen, eine 0,56 Stelle EG 8 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 56:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 7 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 57:

Es wird beschlossen, eine 0,64 Stelle EG 7 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 58:

Es wird beschlossen, eine 0,57 Stelle EG 7 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 59:

Es wird beschlossen, eine 0,77 Stelle EG 7 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 60:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 8 TVöD nach EG 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 61:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 7 TVöD nach EG 8 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 62:

Es wird beschlossen, eine 0,31 Stelle EG 6 TVöD nach EG 8 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 63:

Es wird beschlossen, eine 0,51 Stelle EG 6 TVöD nach EG 8 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 64:

Es wird beschlossen, eine 0,67 Stelle EG 6 TVöD nach EG 8 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 65:

Es wird beschlossen, eine 0,64 Stelle EG 7 TVöD nach EG 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 66:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 7 TVöD nach EG 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 67:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 7 TVöD nach EG 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 68:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,32 Stellen EG 7 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 69:

Es wird beschlossen, eine 0,2 Stelle EG 7 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 70:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 6 TVöD nach EG 5 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 71:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 6 TVöD nach EG 5 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 72:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 6 TVöD nach EG 5 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 73:

Es wird beschlossen, eine 0,58 Stelle EG 6 TVöD nach EG 5 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 74:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,3 Stellen EG 6 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 75:

Es wird beschlossen, eine 0,51 Stelle EG 5 TVöD nach EG 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 76:

Es wird beschlossen, eine Poolstelle EG 6 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 77:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,51 Stellen EG 5 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 78:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,29 Stellen EG 5 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 79:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 80:

Es wird beschlossen, eine 0,54 Stelle EG 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 81:

Es wird beschlossen, eine 0,12 Stelle EG 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 82:

Es wird beschlossen, eine 0,05 Stelle EG 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 83:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um eine Stelle EG 4 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 84:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,85 Stellen EG 4 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 85:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,49 Stellen EG 3 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 86:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,21 Stellen EG 2 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 87:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG S 12 TVöD nach EG S 15 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 88:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,46 Stellen EG S 14 TVöD zu bereinigen.

Beschlussvorschlag 89:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit EG S 11B TVöD im Stellenplan in eine Poolstelle umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 90:

Es wird beschlossen, den Stellenplan um 0,48 Stellen EG S 11B TVöD zu bereinigen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 37.1 Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan für den Haushalt 2021
Vorlage: 052/2021/1

Beschlussvorschlag (Antrag der CDU-Fraktion):

Für den Haushalt 2021 werden im Produkt 70.20 Baubetriebshof 3 zusätzliche Stellen eingerichtet.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stellenbedarf beim Baubetriebshof wird nach Vorliegen der Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen neu ermittelt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 (Antrag CDU)	10	16	1
Beschluss 2 (Vorschlag der Verwaltung)	15	10	2

TOP 37.2 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld e.V. auf Mittelbereitstellung und Einrichtung einer Stabsstelle / Referentenstelle
Vorlage: 052/2021/2

Wie in dem vorbereitenden Gremium (Haupt- und Finanzausschuss am 11.02.2021) wird lediglich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld e.V.

Es wird beschlossen, eine Stabsstelle für Koordinierungsmaßnahmen wie z. B. die Akquise von Fördergeldern einzurichten. Der Stellenumfang sowie weitere notwendige Koordinierungsaufgaben werden durch die Verwaltung festgelegt.

Beschlussvorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, das interne Fördermittelmanagement zu überprüfen. Die Ergebnisse sollen dann im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und beraten werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Vorschlag der Verwaltung)	27	0	0

TOP 38 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 043/2021

Frau Wennemers erläutert die Grafik zu den im Haushalt veranschlagten Defiziten und weist darauf hin, dass hier die 30.000 € Entlastung noch nicht berücksichtigt seien. Durch die Beschlussfassung des Kreisausschusses über den Kreishaushalt am Mittwochabend hat sich für die Stadt Coesfeld eine Verbesserung bei der Kreisumlage für 2021 in Höhe von 30.000€ ergeben. Diese Änderung werde im Haushaltsplan 2021 berücksichtigt.

Die Grafik ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich Anlagen wird unter Berücksichtigung der Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	0	0

TOP 38.1 Finanzierung schnelle Radwegeverbindung Coesfeld-Süd
Vorlage: 064/2021

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, dass Gespräche mit der Bezirksregierung geführt wurden. Hier wurde der Stadt mitgeteilt, dass es Fördermöglichkeiten gebe. Eine Sanierung an sich, sei jedoch nicht förderfähig.

TOP 38.2 Antrag der SPD-Fraktion - zusätzliches Budget für die Stadtentwicklungsgesellschaft

Herr Nielsen erläutert den Antrag. Er erklärt, dass das Geld auch im letzten Haushalt verankert war, jedoch nicht gebraucht wurde.

Frau Wennemers weist darauf hin, dass der Betrag nach Zustimmung im Bereich Wirtschaftsförderung (Produkt Grundstücksmanagement) veranschlagt werde.

Beschluss (Antrag der SPD-Fraktion):

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, der Stadtentwicklungsgesellschaft für das Jahr 2021 ein zusätzliches Budget i.H.v. € 2.000.000,- als Grundlage für die Entwicklung bezahlbaren Mietwohnungsbaues in Zusammenarbeit mit den regionalen Wohnungsbaugenossenschaften, bzw. als „Vorrats“mittel zur möglichen schnellen Reaktion in Form von Grundstücksankäufen für die Stadtentwicklungsplanung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	24	0	2

Herr Kretschmer nimmt nicht an der Abstimmung teil.

TOP 39 Anfragen

Herr Fels bedankt sich für die ausführliche Antwort der Verwaltung zur CDU-Anfrage. Er erkundigt sich, ob es Räume gebe, in denen nicht ausreichend gelüftet werden könne und ob es bereits Erkenntnisse für den regulären Betrieb gäbe. Außerdem fragt Herr Fels, ob bereits eine Prüfung erfolgt sei, ob Fensterventilatoren sinnvoll seien.

Frau Heitz erklärt, dass die Schulen mit den CO2-Ampeln sehr zufrieden seien. Es wurde zudem sehr genau abgefragt, ob es Räume gebe, die aufgrund unzureichender Lüftungsmöglichkeiten nicht nutzbar seien. Hier habe die Stadt die Rückmeldung erhalten, dass alle Räume, die die Schulen nutzen wollen, auch nutzbar seien. Was die automatische Belüftung angehe, so erhielt die Stadt die Rückmeldung, dass es der Lehrerschaft wichtig sei, dass man auch „extern“ und eigenständig lüften könne.

Herr Stadtbaurat Backes erklärt, dass die von Herrn Fels erwähnten Ventilatoren noch nicht geprüft seien. Hier würde auf das menschliche Lüftungsverhalten vertraut. Aussagen zum regulären Betrieb könnten erst dann gemacht werden, wenn die Klassen wieder voll besetzt seien.

Frau Bürgermeisterin Diekmann ergänzt, dass auch in anderen Kommunen am eigenständigen Lüften festgehalten werde.

Herr Tranel merkt an, dass sich die Verwaltung gegen Luftfilteranlagen entschieden habe. Er fragt, ob dies aufgrund fehlender Notwendigkeit oder zu hohen Kosten erfolgt sei.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass Luftfilteranlagen dort bevorzugt würden, wo ein normales Lüften nicht möglich sei. Die Luftfilteranlagen wurden nicht beschafft, da die Schulen keinen Bedarf sehen.

Herr Startmann erkundigt sich nach seiner Anfrage aus November 2020 zu dem Thema Tiny-Wälder. Er habe bis heute keine Antwort erhalten.

Frau Diekmann sagt zu, sich diesbezüglich innerhalb der Verwaltung zu erkundigen.

gez. Eliza Diekmann
Bürgermeisterin

gez. Marie Bongers
Schriftführerin